

**PROTOKOLL**

Sitzung der Vollversammlung

Datum:	25. September 2024
Uhrzeit:	16:00 Uhr – 20:00 Uhr
Ort:	Hybrid: Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus und per Zoom Meeting
Vorsitz:	Sebastian Stietzel – Präsident
Anwesend:	Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste. Jan Eder – Hauptgeschäftsführer Robert Kretzschmar – Referent des Präsidiums (Protokollführer)

Tagesordnung:

TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 03.07.2024

TOP 2: Aktuelles

TOP 3: IHK-Ausschüsse und Initiativen

TOP 4: Regularien

TOP 5: Inhaltliche Schwerpunkte der IHK-Arbeit ab 2025

TOP 6: Finanzen

TOP 7: Verschiedenes

Herr Stietzel begrüßt die Vollversammlungsmmitglieder sowie die anwesenden Ausschussvorsitzenden und informiert diese über die anwesenden Gäste Norman Hiob (Kreissprecher der Wirtschaftsunioren Berlin) und Marion Birnfeld (Geschäftsführerin der Rechnungsprüfungsstelle).

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert **Herr Stietzel** die Vollversammlung über die Regeln der hybriden Sitzung und weist mit Blick auf die fortschreitenden technischen Möglichkeiten darauf hin, dass auch der Einsatz von KI-basierten Protokollassistenten nicht erlaubt ist.

Im weiteren Verlauf informiert **Herr Stietzel** die Mitglieder über personelle Veränderungen in der Vollversammlung. Lana Wittig, Geschäftsführerin der EDITION F GmbH, hat ihr Mandat niedergelegt. Für sie rückt Frau Nicole Voigt (Geschäftsführerin der Digitalagentur Berlin) in der Wahlgruppe Digitale Wirtschaft – Untergruppe Dienstleistungen nach.

Benjamin Meißner musste sein Vollversammlungsmmandat aufgrund eines beruflichen Ortwechsels niederlegen. Da es in der Wahlgruppe „Großhandel, Handelsvermittlung – Untergruppe: Handelsvermittlung“ keinen Nachrücker gibt, wird voraussichtlich in der kommenden Sitzung im

Dezember eine mittelbare Wahl durchgeführt. Die Key-Account-Manager haben mit der Suche nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern bereits begonnen. Satzungsgemäß wird auch das Präsidium vorab die Wählbarkeit der Kandidatinnen und Kandidaten prüfen. Diese müssen dann vor der Wahl durch das Präsidium oder von mindestens drei Vollversammlungsmitgliedern vorgeschlagen werden.

Sebastian Jung (Geschäftsführer Vonovia Immobilienservice GmbH) hat sein Mandat in der Vollversammlung ebenso niedergelegt. Nachrückerin in der Wahlgruppe 8 – „Baugewerbe, Immobilienwirtschaft, Untergruppe: Immobilienwirtschaft“ ist Frau Christine Mögling (Inhaberin Mögling Immobilien Berlin). **Frau Mögling** stellt sich im Folgenden kurz vor und verweist dabei auf ihr bisheriges ehrenamtliches Engagement in den Ausschüssen der IHK und beim Immobilienverband IVD.

Dr. Caroline Heil (Geschäftsführerin New Meat Company AG) ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. Sie scheidet somit ebenso aus der Vollversammlung und dem Präsidium aus. **Herr Stietzel** weist darauf hin, dass das Präsidium auch mit nunmehr 13 Mitgliedern satzungsgemäß besetzt ist, weshalb eine Nachwahl nicht notwendig ist. In die Vollversammlung rückt für Frau Dr. Heil Dr. Andreas Domeyer (Geschäftsführer TOPOS Versicherungskontor GmbH) nach.

Herr Stietzel stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht erfolgte.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 03.07.2024

Zum Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 03.07.2024 wurden keine Einwände eingereicht. Es gilt daher satzungsgemäß als genehmigt.

TOP 2: Aktuelles

Herr Eder berichtet zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert und keiner der einschlägigen Stimmungsindikatoren deutet darauf hin, dass sich diese Situation zeitnah ändern könnte. Die Hauptstadt steht dabei deutschlandweit betrachtet jedoch vergleichsweise gut da. Ein leichter Zuwachs des Berliner BIP ist nicht ausgeschlossen. Die Gründe dafür liegen in der geringeren Abhängigkeit von der Industrie sowie positiven Entwicklungen bei Dienstleistungen und Exporten begründet. Politisch wird das Geschehen vor allem durch den Themenkomplex „Finanzlage der Stadt“ bestimmt. Finanzsenator Evers hatte beim Wirtschaftspolitischen Frühstück auf den Ernst der Lage hingewiesen.

Herr Stietzel berichtet daraufhin über Themenschwerpunkte der vergangenen Monate und gibt einen Einblick in eine Auswahl diesbezüglich relevanter Termine und Ereignisse. Darunter fallen unter anderem der Start des House of Finance oder auch das 100-jährige Jubiläum der Investitionsbank Berlin Brandenburg. Bei der Verwaltungsreform geht es entgegen der jüngsten

Berichterstattung glücklicherweise voran. Der Berliner Senat hat am 24.09.2024 ein diesbezügliches Eckpunktepapier beschlossen. Eine noch in diesem Jahr ins Abgeordnetenhaus eingebrachte Reform scheint daher weiterhin ein realistisches Szenario zu sein.

Herr Spieker berichtet im Folgenden vom Festival der Berliner Wirtschaft. Das Event hat hinsichtlich inhaltlicher Qualität, Professionalität und Vielfalt der Akteure und Inhalte innerhalb Berlins neue Maßstäbe gesetzt. Er dankt allen Beteiligten dafür. Zudem führt **Herr Spieker** noch den Round Table Social Economy sowie den diesbezüglichen Austausch mit Akteuren aus Hamburg als wichtigen Schwerpunkt der letzten Monate auf. Wie in vielen anderen Bereichen auch, lohnt es sich hier ebenso, einen Blick nach Hamburg zu werfen, um wichtige Schlüsse für Berlin ziehen zu können. **Herr Spieker** verweist auf die äußerst positive Zusammenarbeit mit der Bildungsministerin.

Im Anschluss berichtet **Herr Stietzel** kurz über den aktuellen Stand bei der Nachfolgesuche hinsichtlich der vakant werdenden Position des Hauptgeschäftsführers. Die Lage der Bewerbungen ist vielversprechend. Eine Kommission aus sieben Vollversammlungsmitgliedern sichtet diese und wird eine Auswahl treffen. Die Bestellung der Nachfolgerin oder des Nachfolgers durch die Vollversammlung ist für die Sitzung im Dezember geplant.

TOP 3: IHK-Ausschüsse und Initiativen

Herr Stietzel leitet den Tagesordnungspunkt ein. Die Ausschüsse der IHK Berlin spielen eine zentrale Rolle bei der Meinungsbildung in den strategisch wichtigen Handlungsfeldern unserer Stadt. Vier Ausschüsse stellen ihre erarbeiteten Positionspapiere, welche den Mitgliedern der Vollversammlung vorab zugegangen sind, vor und schlagen diese der Vollversammlung zum Beschluss vor.

1. Position "4 x 4 Prioritäten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik"

Herr Lemmé (Vorsitzender des Ausschusses Mobile Stadt) stellt das Positionspapier inhaltlich und in Bezug auf dessen Genese vor. Dabei ist das oberste Ziel, flächendeckende Mobilität und Erreichbarkeit zu sichern und hierbei insbesondere auch bereits vorhandene Kapazitäten noch effizienter zu nutzen. Der Ausschuss Mobile Stadt hat dabei im Rahmen der Erstellung des Positionspapiers vier zentrale Handlungsfelder identifiziert: „ÖPNV: Zuverlässigkeit steigern und Angebot ausbauen“, „Stadtverkehr besser organisieren“, „Straßennetz zukunftsfähig machen“ und „Überregionale Anbindung optimieren“. Alle vier Handlungsfelder müssen parallel und aufeinander abgestimmt angegangen werden. Das Positionspapier bietet hierfür Vorschläge zu ganz konkreten Maßnahmen.

Die Vollversammlung beschließt die Position "4 x 4 Prioritäten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik", wie als Anlage 1 zur Einladung zugesandt, bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen.

2. Position "Bürokratie abbauen, Wirtschaft stärken"

Herr Spitzley (stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Funktionierende Stadt) stellt das Positionspapier inhaltlich und in Bezug auf dessen Genese vor. Die bürokratischen Belastungen für Unternehmen haben ein Rekordniveau erreicht und – die Umsätze sowie der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen werden durch diese Umstände beeinträchtigt. Die IHK-Sommerumfrage hat dies deutlich gezeigt. Es bedarf nun verschiedener Maßnahmen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei lohnt es sich, die verschiedenen Ansätze der Länder miteinander zu vergleichen, um Best Practices zu identifizieren. Dabei sollen konkrete Maßnahmen der Bürokratieentlastung im besten Fall direkt mit der derzeit durch den Senat erarbeiteten Verwaltungsmodernisierung kombiniert werden.

Die Vollversammlung beschließt die Position "Bürokratie abbauen, Wirtschaft stärken", wie als Anlage 2 zur Einladung zugesandt, bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.

3. Position „Die Transformation der Berliner Industrie als Chance begreifen“

Herr Vagt (stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin) stellt das Positionspapier inhaltlich und in Bezug auf dessen Genese vor. Die Industrie ist mehr als ein Wirtschaftszweig – sie ist ein Schlüsselakteur der Transformation Berlins zu einer modernen und nachhaltigen Weltmetropole. Der Senat muss dieser Schlüsselrolle stärker Rechnung tragen. Die Industrie Berlins benötigt unter anderem mehr Platz zum Wachsen, weniger Bürokratie und mehr Spielraum für Innovationen – beispielsweise durch Reallabore oder Experimentierklauseln. Das Positionspapier zeigt konkrete Wege auf, wie das gelingen kann.

Auf die Frage von **Herrn Eisenach** hinsichtlich des weiteren Vorgehens der IHK Berlin bezüglich der beschlossenen Positionspapiere antwortet **Herr Stietzel**, dass die Positionspapiere zuvorderst dem Ziel dienen, eine gemeinsame Position der Berliner Wirtschaft als Grundlage für die Gesamtinteressenvertretung zu verkörpern. Aus ihnen entstehen zudem konkrete Maßnahmen in den Arbeitsprogrammen. **Herr Vagt** ergänzt, dass eine Erfolgsmessung bezüglich der Umsetzung von Forderungen nicht auf der Basis einzelner Positionspapiere erfolgt, allerdings alle Maßnahmen des Arbeitsprogramms einem Monitoring unterzogen werden.

Die Vollversammlung beschließt die Position "Die Transformation der Berliner Industrie als Chance begreifen", wie als Anlage 3 zur Einladung zugesandt, bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen.

4. Position „Bedingungen an die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen als neue Rechtsform“

Frau Meyer (Vorsitzende des Ausschusses Nachhaltige Metropole) stellt das Positionspapier inhaltlich und in Bezug auf dessen Genese vor. Das Papier soll als Grundlage für die IHK Berlin dienen, um gemeinsam mit der DIHK Bedingungen an diese mögliche neue Rechtsform einer Kapitalgesellschaft im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses auf Bundesebene zu formulieren. Bei

einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmgV) stehen nicht die Gewinnmaximierung, sondern ethische, soziale und nachhaltige Ziele im Vordergrund. Durch diesen Umstand sollen langfristige und verantwortungsbewusste Unternehmenszwecke gestärkt werden, die bisher zumeist nur über die sehr aufwendige Form einer Stiftung geregelt werden konnten.

Frau Mrowetz fragt hinsichtlich des konkreten Mehrwerts für Unternehmen, welchen die Schaffung einer neuen Rechtsform bieten könnte. **Herr Vagt** entgegnet, dass dieser vor allem im garantierten Erhalt des Unternehmenszwecks über Generationen hinweg besteht. Dabei wird besonders auf die Unveränderlichkeit der Regelungen in der GmgV verwiesen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Damen **Beecken, Meyer und Lechler** sowie die Herren **Lotz, Spieker, Stietzel, Spitzley, Dümchen** und **Eder**. Dabei werden unter anderem steuerliche und erbschaftsrechtliche Aspekte eruiert. Zudem wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei lediglich um eine Ergänzung möglicher Rechtsformen und nicht um den Ersatz einer bereits bestehenden handelt.

Die Vollversammlung beschließt die Position "Bedingungen an die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen als neue Rechtsform", wie als Anlage 4 zur Einladung nachversandt, bei zehn Gegenstimmen und vier Enthaltungen.

TOP 4: Regularien

Herr Stietzel berichtet, dass für die aktuell freien Plätze in den IHK-Ausschüssen weitere Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer nachberufen werden möchten. Die entsprechende Liste der interessierten Unternehmerinnen und Unternehmer ist den Mitgliedern der Vollversammlung vorab zugegangen.

Die Vollversammlung beschließt die Nachberufungsvorschläge der IHK-Ausschüsse, wie in der Anlage 5 zur Einladung zugesandt, bei vier Enthaltungen und einer Gegenstimme.

TOP 5: Inhaltliche Schwerpunkte der IHK-Arbeit ab 2025

Herr Stietzel informiert die Vollversammlung über geplante inhaltliche Schwerpunkte der IHK-Arbeit im nächsten Jahr. Die Vollversammlung soll hierbei frühzeitig eingebunden werden und Feedback geben können. Nach entsprechendem Beschluss sollen sie durch Haupt- und Ehrenamt der IHK weiterverfolgt und ausgearbeitet werden und bei Bedarf in erforderlichem Umfang im Arbeitsprogramm und in der Wirtschaftsplanung für 2025 Berücksichtigung finden.

1. Berufsorientierung in Berlin – Neue Wege für mehr Praxisbezug gehen

Herr Pörksen leitet zu diesem Thema ein. Die Herausforderungen auf dem Gebiet der Berufsorientierung sind hinreichend bekannt: Schülerinnen und Schüler kommen unzureichend orientiert aus der Schule. Es mangelt an praktischer Erfahrung und an koordinierten und strukturierten Berufsorientierungsangeboten. Zudem ist das Matching potenzieller Auszubildender mit geeigneten Ausbildungsbetrieben unzureichend. Diesen beispielhaft skizzierten Herausforderungen soll ein Set an Maßnahmen gegenübergestellt werden, um sie erfolgreich zu überwinden. Geplant sind dabei unter anderem eine aktive Ausgestaltung des Praxisanteils im 11. Pflichtschuljahr mit Hilfe von Kooperationsmanagern und eine stärkere Kooperation von Unternehmen und Schulen in Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien durch Berufsorientierungs-Koordinatoren. Es wird auf ein erfolgreich durchgeführtes Pilotprojekt an der Willy-Brandt-Schule aufgebaut.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich **Frau Meyer** und die **Herren Mießen, Stietzel, Spitzley** und **Becer**. Dabei wird unter anderem diskutiert, ob das Projekt vor allem aus finanzieller, personeller oder anderweitiger Unterstützung bestehen wird. **Herr Stietzel** betont, dass am heutigen Tag lediglich die inhaltliche Ausrichtung zur Diskussion und Abstimmung steht. Die genaue Ausgestaltung wird zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal thematisiert.

Die Vollversammlung beschließt die Projektidee „Berufsorientierung in Berlin – Neue Wege für mehr Praxisbezug gehen“ bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme weiter zu verfolgen und bittet um Berücksichtigung – bei entsprechendem Bedarf – im Arbeitsprogramm und der Wirtschaftsplanung 2025.

2. Work in Berlin – Potenziale der internationalen Fachkräfte für Berlin heben

Herr Stietzel skizziert die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt in Berlin. Aktuell fehlen 90.000 Fachkräfte allein in Berlin. Bis zum Jahr 2035 wird diese Zahl auf voraussichtlich 400.000 fehlende Fachkräfte aufwachsen. Berlin wird es aus eigener Kraft nicht schaffen, diese Fachkräftelücke zu schließen, weshalb qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland unabdingbar ist. Der Berliner Arbeitsmarkt muss daher attraktiver für ausländische Fach- und Arbeitskräfte werden. Auf dieses Ziel soll vor allem der Aufbau einer Online-Plattform „Work in Berlin“ einzahlen, auf der alle Informationen und Serviceangebote mehrsprachig und übersichtlich zusammengeführt werden. Zudem gilt es, Unternehmen für internationale Fachkräfte fit zu machen – beispielsweise durch Unterstützung beim Spracherwerb oder Begleitung im Visa- und Anerkennungsprozess. Schließlich soll auch die Rekrutierung, aber auch die Qualifizierung von Fachkräften im Ausland unterstützt werden. Das Modellprojekt „Talentebrücke“ mit der Berliner Partnerstadt Windhoek kann hierbei ein Instrument für dieses Ziel sein. In Namibia soll dabei ein neues Ausbildungszentrum entstehen, in dem nach deutschen Standards ausgebildet und geprüft wird, um unterqualifizierte Jugendliche für den Berliner Arbeitsmarkt fit zu machen. Ziel ist es auch, dass somit langwierige Anerkennungsverfahren von Ausbildungsabschlüssen entfallen. Namibia ist aufgrund seiner hohen

Jugendarbeitslosigkeit sowie der starken politischen Unterstützung vor Ort besonders geeignet.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Damen **Beecken, Mögling, Nikolic und Feitsma** sowie die Herren **Letz, Dümchen, Langhof, Mießen, Becer und Brinkmann**. Dabei wird betont, dass der Berliner Wohnungsmarkt das Anwerben von Fachkräften erschwert. Zudem werden ebenso potenzielle Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse eruiert und die besondere Bedeutung eines adäquaten Spracherwerbs betont. Herr Stietzel erklärt daraufhin, dass im Sinne des Pilotprojektes vor Ort in Deutschland anerkannte Berufsabschlüsse erlangt werden. Der Spracherwerb nimmt dabei ebenso eine herausragende Stellung ein, da der Unterricht in deutscher Sprache stattfinden soll und bereits vor Start der Ausbildung mit Sprachkursen begonnen wird. Ein bestimmter Branchenfokus ist nicht geplant. Es soll jedoch mit Ausbildungsberufen in jenen Bereichen begonnen werden, in denen der Bedarf an qualifizierten Fachkräften in Berlin am größten ist.

Die Sitzung wird kurzzeitig durch den Besuch des Botschafters der Republik Namibia, **Exzellenz Martin Andjaba**, unterbrochen, welcher im Folgenden kurz vor den Mitgliedern der Vollversammlung spricht und für eine Zusammenarbeit mit Namibia wirbt. Er kündigt dabei einen möglichen Besuch des namibischen Staatspräsidenten in Berlin an.

Die Vollversammlung beschließt die Projektidee „Work in Berlin – Potenziale der internationalen Fachkräfte für Berlin heben“ bei einer Enthaltung und fünf Gegenstimmen weiter zu verfolgen und bittet um Berücksichtigung – bei entsprechendem Bedarf - im Arbeitsprogramm und der Wirtschaftsplanung 2025.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt **Herr Stietzel** vor, den Tagesordnungspunkt 6 vorzuziehen, ehe die anderen Projekte zu Tagesordnungspunkt 5 weiter diskutiert werden. Da aus dem Gremium kein Widerspruch zu entnehmen ist, wird so verfahren.

TOP 6: Finanzen

Herr Wolter berichtet, dass die IHK Berlin das Haushaltsjahr 2023 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen hat. Maßgeblich haben sich die multiplen Krisen weniger stark als anzunehmen auf die IHK Berlin ausgewirkt. Diese vergleichsweise positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft hat zu höheren Beitragserträgen als geplant geführt. Zusätzlich stellt Herr Wolter die Minderaufwendungen dar, die maßgeblich auf verschobene Instandhaltungs- und Digitalisierungsmaßnahmen und eine nicht durchgeführte Kampagne zurückzuführen sind. Herr Wolter erläutert die genehmigungspflichtigen Tatbestände, wie sie in der Beschlussvorlage dargelegt sind.

Frau Birnfeld (Rechnungsprüfungsstelle) legt im Folgenden Ihre Einschätzung hinsichtlich des Jahresabschlusses dar und erläutert Prüfungsschwerpunkte und Prüfungsvorgehen. Unter der Bedingung der vorgestellten Genehmigungen erteilt Sie als Prüfungsergebnis dem Jahresabschluss der IHK Berlin einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Herr Senitz informiert daraufhin über den Bericht der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer. Grundlage für die Prüfung der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer ist satzungsgemäß insbesondere der Bericht der Rechnungsprüfungsstelle über die Prüfung des Jahresabschlusses. Im Besonderen haben sich die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer die Planabweichung sowie die Ergebnisverwendung unter Berücksichtigung zusätzlicher Genehmigungen angeschaut. **Herr Senitz** stellt fest, dass der Jahresabschluss fristgerecht aufgestellt und geprüft wurde. Die Planabweichungen sind vollständig begründbar. Zudem stellt er fest, dass die Vorsorgebedarfe der IHK Berlin bei weitem nicht gedeckt sind, so dass eine Verwendung in diesem Sinne angezeigt ist. Er empfiehlt der Vollversammlung daher, den Jahresabschluss zu beschließen und das Präsidium und den Hauptgeschäftsführer zu entlasten.

Frau Beecken stellt die Höhe der veranschlagten Vorsorgemittel für die Instandhaltung in Frage. **Herr Wolter** betont daraufhin, dass es sich hierbei um die Instandhaltung des gesamten Ludwig Erhard Hauses mit 10-Jahresfrist handelt und nicht nur um die Sanierung einzelner Räume oder Gebäudeteile, weswegen die Höhe der Mittel angemessen ist. Die Vorsorge ist mit dokumentierten Schätzungen und Gutachten unterlegt und auch von den Rechnungsprüfern geprüft. **Herr Mießen** bittet darum, genügend personelle Ressourcen im Veranstaltungsmanagement im Rahmen der nächsten Wirtschaftsplanung vorzuhalten.

Herr Stietzel dankt daraufhin der Etatkommission, der Rechnungsprüfungsstelle und den ehrenamtlichen Rechnungsprüfern für Ihre Arbeit und beginnt mit der Abstimmung.

Zunächst wird über weitere Genehmigungen zum Jahresabschluss abgestimmt.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Gegenstimme, dass die nicht benötigten Mittel in Höhe von 3.980.137,41 Euro zum Aufbau der Instandhaltungsvorsorge verwendet werden.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Enthaltungen die Mehrauszahlungen von 7.317,87 Euro für die immateriellen Vermögensgegenstände.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Mehrauszahlungen von 1.044.019, 42 Euro für das Finanzanlagenvermögen.

Daraufhin erfolgt die Feststellung des Jahresergebnisses 2023.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme die Feststellung des Jahresergebnisses 2023 mit einem Ergebnis von 18.513.360,86 Euro, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023, der Erfolgs- und Finanzrechnung, einem Anhang und einem Lagebericht, wie mit der Einladung zugesandt.

Des Weiteren erfolgt noch ein Beschluss über die Ergebnisverwendung.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Enthaltungen, dass das verfügbare Ergebnis aus dem Jahr 2023 in Höhe von 13.254.582,90 Euro zum Ausgleich des Haushalts 2025 auf neue Rechnung

vorgetragen wird.

Die Vollversammlung erteilt dem Präsidium für das Jahr 2023 bei drei Enthaltungen sowie bei Stimmenenthaltungen des gesamten Präsidiums die Entlastung.

Die Vollversammlung erteilt dem Hauptgeschäftsführer Entlastung für das Jahr 2023 bei zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme.

Herr Stietzel leitet nun, wie vorher bereits angekündigt, zur Fortsetzung von Tagesordnungspunkt 5 über.

TOP 5 (Fortsetzung): Inhaltliche Schwerpunkte der IHK-Arbeit ab 2025

Herr Vagt berichtet über die weiteren Projektideen „Ausbildung in Berlin attraktiver machen: Wohnen und Mobilität“, „Entwicklung einer Innovationsmetropole Berlin“, „Nachhaltige Entwicklung der Weltmetropole – Großereignisse in Berlin“, „Nachhaltige Entwicklung der Weltmetropole – Fasanenstraße als „Straße der Zukunft“, „Internationale Anbindung der Hauptstadt“ und „Das Magazin „Berliner Wirtschaft“ ausbauen“. Im Folgenden stellt er die Projektideen in eben dieser Reihenfolge kurz vor. Im Falle eines Beschlusses durch die Vollversammlung werden die skizzierten Projekte weiterverfolgt und -entwickelt.

- Es herrscht breiter Konsens darüber, dass die Duale Ausbildung attraktiver werden muss. Die Attraktivität eines Ausbildungsplatzes ergibt sich jedoch nicht nur aus den Arbeitsbedingungen, sondern hängt ebenso von allgemeinen Rahmenbedingungen, wie der Lage des Wohnungsmarktes und den Mobilitätsangeboten, ab. Außerdem wollen wir eine Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium erreichen. Dieser Weg soll unter anderem durch die folgenden Maßnahmen verfolgt werden: Die Schaffung eines Azubiwerks, der Bau von Azubiwohnheimen sowie die Einrichtung eines attraktiven Azubi-Tickets für den ÖPNV. Die IHK Berlin sieht sich als Treiber und ggf. auch als Unterstützer dieser Vorhaben.
- Berlin ist ein herausragender Wissenschaftsstandort. Hinsichtlich der Anzahl der Ausgründungen aus den Berliner Hochschulen ist die Hauptstadt deutschlandweit führend - In einigen fachlichen Disziplinen sogar weltweit führend. So gehören auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz 36 Forschende in Berlin weltweit zu den besten ein Prozent ihres Feldes. Diese riesigen Potenziale am Standort werden aktuell jedoch noch unzureichend ausgeschöpft. Dies wollen wir ändern – wissenschaftliche Kompetenz in Berlin soll in noch viel stärkerem Maße auch der Berliner Wirtschaft zugutekommen. Herr Vagt skizziert hierbei zwei zentrale Maßnahmen: die Stärkung des KI-Ökosystems – beispielsweise durch die finanzielle Förderung eines KI-Showrooms sowie die Unterstützung des Projekts UNITE (siehe www.unite.berlin) in finanzieller und ideeller Weise.
- Berlin ist eine moderne Weltmetropole. Dementsprechend sollte es selbstverständlich sein, dass sich die Hauptstadt auch für die Ausrichtung von internationalen Großveranstaltungen qualifiziert

und diese als Chance betrachtet. **Herr Vagt** berichtet von den positiven Entwicklungen, die mit der Durchführung von Großveranstaltungen für einen Standort einhergehen können. In Paris war diese positive „Stadttrendite“, also sowohl ein wirtschaftlicher als auch ein sozialer Mehrwert, erst kürzlich zu beobachten. Für Berlin ist das Potenzial hierbei ebenso groß. Als mögliche Maßnahme der Unterstützung wird hierbei die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung bei Bewerbung und Konzepterstellung entsprechender Projekte wie z.B. EXPO, Olympia oder IBA vorgeschlagen.

- Berlin braucht eine zeitgemäße Stadtentwicklung, um den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden und sich im Sinne einer modernen Weltmetropole weiterzuentwickeln. Dabei gilt es, Nutzungskonflikte und Flächenkonkurrenz, Kriterien der Nachhaltigkeit, die Mobilitätswende, das Wachstum der Stadt und viele weitere Aspekte miteinander in Einklang zu bringen und entschieden voranzutreiben. **Herr Vagt** verdeutlicht, dass es für die Lösung dieser Zielkonflikte innovativer Ideen und Lösungen bedarf. Hier kann die IHK Berlin mit gutem Beispiel vorangehen, indem in der Fasanenstraße eine „Straße der Zukunft“ entsteht. Dort sollen ganz konkret urbane Innovationen getestet, präsentiert und – sofern möglich – dauerhaft integriert werden. Dies soll auch dazu dienen, der mangelnden Technologieakzeptanz innerhalb der Bevölkerung entgegenzuwirken.
- Der BER als Hauptstadtflughafen wird dem Anspruch einer modernen Weltmetropole nicht gerecht. **Herr Vagt** legt hierfür die Gründe dar. So gibt es nach wie vor in Westdeutschland deutlich mehr Langstreckenverbindungen (172 pro Tag) als in Ostdeutschland (6-8 pro Tag). In näherer Zukunft ist zudem eher noch mit einem Rückgang des Angebots in Ostdeutschland zu rechnen. Berlin ist international gesehen dadurch nur eingeschränkt erreichbar, was die wirtschaftliche Entwicklung ebenso bremst wie die internationale Strahlkraft. Auch hier ist ein Bündel an Maßnahmen, wie beispielsweise die Einrichtung bzw. Unterstützung eines Luftverkehrsfonds – unter anderem zur Unterstützung bzw. Durchführung von Marketingmaßnahmen – denkbar. Erklärtes Ziel dieser Maßnahmen ist dabei stets, die Konnektivität des BER und somit die internationale Erreichbarkeit Berlins auf der Basis des Bedarfes der Berliner Wirtschaft deutlich auszubauen.
- Unser Mitgliedermagazin „Berliner Wirtschaft“ sorgt mit einer Auflage von aktuell rund 70.000 Exemplaren für eine gute Reichweite innerhalb der Stadt. Nichtsdestotrotz wird auch hierbei, gerade im Online-Bereich, noch bei Weitem nicht das ganze Potenzial ausgeschöpft. **Herr Vagt** berichtet von den geplanten Schritten, durch welche der Ausbau des Mitgliedermagazins erfolgen soll. Zu nennen sind dabei beispielhaft der Aufbau weiterer redaktioneller Kapazitäten, die Einrichtung eines zeitgemäßen Digitalauftritts (Newsticker, Videocontent etc.) sowie die damit einhergehende Überarbeitung der Printausgabe. **Herr Kaupert** weist darauf hin, dass Letztere soll bewusst nicht ersetzt oder gestrichen, sondern modernisiert werden soll.

Im Anschluss an die Vorstellung der Projektideen durch **Herrn Vagt** erfolgt die Aussprache in der Vollversammlung. Daran beteiligen sich die Damen **Beecken, Meyer** sowie die Herren **Henner Schmidt** und **Stietzel**. **Herr Stietzel** verdeutlicht daraufhin, dass zum heutigen Tag lediglich über die inhaltliche Ausrichtung Übereinkunft hergestellt werden soll.

Die Vollversammlung beschließt, über die Projektideen einzeln abzustimmen.

Die Vollversammlung beschließt

- die Projektidee „Ausbildung in Berlin attraktiver machen: Wohnen und Mobilität“ bei zwei Enthaltungen
- die Projektidee „Entwicklung einer Innovationsmetropole Berlin“ bei vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen
- die Projektidee „Nachhaltige Entwicklung der Weltmetropole – Großereignisse in Berlin“ bei neun Gegenstimmen und vier Enthaltungen
- die Projektidee „Nachhaltige Entwicklung der Weltmetropole – Fasanenstraße als „Straße der Zukunft“ bei zehn Gegenstimmen
- die Projektidee „Internationale Anbindung der Hauptstadt“ bei neun Gegenstimmen und einer Enthaltung
- die Projektidee „Das Magazin „Berliner Wirtschaft“ ausbauen“ bei drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen

und bittet jeweils um Berücksichtigung – bei entsprechendem Bedarf - im Arbeitsprogramm und der Wirtschaftsplanung 2025.

TOP 7: **Verschiedenes**

Herr Stietzel informiert die Mitglieder der Vollversammlung über wichtige Termine der kommenden Monate. Am 5. Dezember 2024 findet das VV-Gespräch zur Vorbereitung der Dezember-Sitzung mit dem inhaltlichen Schwerpunkt des Haushalts statt. Wer Interesse hat, kann sich bei diesem digitalen Meeting noch intensiver mit der Wirtschaftsplanung 2025 auseinandersetzen.

Am 10. Dezember 2024 folgt dann die Vollversammlungssitzung, bei der der Haushalt beschlossen, das Arbeitsprogramm verabschiedet und ggf. ein neuer Hauptgeschäftsführer oder eine neue Hauptgeschäftsführerin bestellt werden soll.

Am 15. Januar 2025 folgt dann der Jahresauftakt mit dem Ehrenamt von IHK und HWK – gemeinsam

mit dem Berliner Senat. Die Veranstaltung findet im Ludwig Erhard Haus statt und beginnt um 18:00 Uhr.

Herr Stietzel weist zudem auf die Termine der Vollversammlungssitzungen im Jahr 2025 hin: diese sind für den 19. März, den 9. Juli (noch unter Vorbehalt!), den 24. September und den 10. Dezember angesetzt. Zudem informiert er die Vollversammlung über die Verleihung des IHK-Preises für Wirtschaftsjournalismus, die am 8. Oktober im Ludwig Erhard Haus stattfindet.

Herr Stietzel dankt den Vollversammlungsmitgliedern und schließt die Sitzung um 20:02 Uhr.

Berlin, 10.10.2024



Sebastian Stietzel
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Anwesenheitsliste der Teilnehmer |
| Anlage 2 | Gesamtpräsentation (mit Ausnahme von TOP 5) |
| Anlage 3 | Präsentation zu TOP 5 |
| Anlage 4 | Position "4 x 4 Prioritäten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik" |
| Anlage 5 | Position "Bürokratie abbauen, Wirtschaft stärken" |
| Anlage 6 | Position „Die Transformation der Berliner Industrie als Chance begreifen“ |
| Anlage 7 | Position „Bedingungen an die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen als neue Rechtsform“ |
| Anlage 8 | Terminübersicht 2025 |